

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

des Abgeordneten Jürgen Krogmann (SPD), eingegangen am 30.06.2011

Wann kommen die Bewilligungsbescheide? - Neue Oberschulen in Oldenburg vermissen Planungssicherheit bei teilgebundener Ganztagsbeschulung

Zum Schuljahresbeginn 2011/2012 werden in Oldenburg die bisherigen vier kooperierenden Haupt- und Realschulen zu Oberschulen umgewandelt. Schulen und Schulträger sind diesen Schritt gegangen im Vertrauen auf kleinere Klassengrößen, längeres gemeinsames Lernen, eine verbesserte Unterrichtsversorgung und die Möglichkeit, eine teilgebundene Ganztagsbeschulung anbieten zu können. Entsprechende Anträge wurden von den Schulen gestellt. Nun liegen, wenige Tage vor Ferienbeginn, noch keine Bescheide vor. Eine Planungssicherheit in den Schulen für das kommende Schuljahr ist damit nicht gegeben.

Unsicherheit herrscht vielfach auch noch über die Frage der künftigen Leitungen der neuen Oberschulen. Im Raum steht eine erneute Ausschreibung der Leitungsstellen, obwohl die betreffenden Personen dort bereits seit Jahren hervorragende Arbeit leisten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie wird die Landesregierung die Planungssicherheit als Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Start der neuen Oberschule sicherstellen?
2. Zu welchem Zeitpunkt wird die teilgebundene Ganztagsbeschulung an den noch unversorgten Oldenburger Oberschulen umgesetzt sein?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Auswirkungen auf die Motivation der Mitarbeiter bei der Umsetzung eines schwierigen Umwandlungsprozesses ein, wenn deren künftige Verwendung trotz langjähriger Verdienste als Schulleiter nach wie vor unklar ist?

(An die Staatskanzlei übersandt am 05.07.2011 - II/721 - 1010)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Kultusministerium
- 01-01 420/5-1010 -

Hannover, den 13.09.2011

Mit der im März 2011 vom Landtag beschlossenen Einführung der neuen Schulform Oberschule sorgt die Landesregierung für eine qualitative Weiterentwicklung der Schullandschaft in Niedersachsen. Die Oberschule ergänzt das bestehende differenzierte Schulwesen. Niedersachsen gleitet damit langfristig in ein zweigliedriges Schulsystem mit Oberschulen und Gymnasien, ergänzt um integrierte Gesamtschulen.

Die Oberschule erhöht die Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Schulträger, ein differenziertes Schulangebot auch bei zurückgehenden Schülerzahlen zu gewährleisten.

Das Konzept von Schule als Lern- und Lebensort wird an der neuen Oberschule in besonderer Weise umgesetzt. Eine Oberschule kann auf Antrag als teilweise offene (sogenannte teilgebundene) oder als offene Ganztagschule geführt werden.

Aus dienstrechtlicher Sicht ist bezüglich der Frage der künftigen Leitungen Folgendes anzumerken: Die Stellen der Schulleiterinnen und Schulleiter sind grundsätzlich auszuschreiben (§ 45 Abs. 1 Satz 1 NSchG). Eine Ausnahme ist u. a. möglich, wenn die Stelle aus dienstlichen Gründen mit der Inhaberin oder dem Inhaber eines entsprechenden Beförderungsamtes besetzt werden soll (§ 48 Abs. 1 Nr. 2 NSchG). Wenn die Schulleitungsstelle an einer Haupt- und Realschule wegen Einführung der Oberschule wegfällt, muss die Schulleiterin oder der Schulleiter der Haupt- und Realschule aus dienstlichen Gründen auf eine andere Stelle umgesetzt werden; gerade in dem Fall der „Umwandlung“ in eine Oberschule bietet sich die Stelle an der neuen Schule dafür an. Steht an der Oberschule eine gleich besoldete Schulleitungsstelle zur Verfügung, so könnte eine höhengleiche Versetzung dorthin erfolgen, wenn die Lehrkraft entsprechend geeignet ist und ihr Einverständnis vorliegt. Andernfalls wäre die Stelle auszuschreiben.

Auch die Stelle der ständigen Vertreterin bzw. des ständigen Vertreters der Schulleiterinnen und Schulleiter sind grundsätzlich auszuschreiben (§ 52 Abs. 1 Satz 1 NSchG). Aus den Gründen des § 48 Abs. 1 NSchG kann davon aber im Benehmen mit dem Schulträger abgesehen werden (§ 52 Abs. 2 NSchG), also auch in dem Fall, dass die Stelle aus dienstlichen Gründen mit der Inhaberin oder dem Inhaber eines entsprechenden Beförderungsamtes besetzt werden soll (s. o.).

Dies vorausgeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu 1:

Die vier neuen Oldenburger Oberschulen sind aus bestehenden Haupt- und Realschulen hervorgegangen, die alle bereits als Ganztagschulen geführt wurden. Die Genehmigung dieser Oberschulen zur Führung als teilweise offene (sogenannte teilgebundene) Ganztagschulen erfolgte vor Beginn der Sommerferien am 29.06.2011.

Die Gewährung des Zusatzbedarfes bleibt für die Schuljahrgänge 6 bis 10 dieser Schulen aufgrund der Besitzstandswahrung unberührt. Die Schulen konnten damit - wie in den Schuljahren zuvor auch - verlässlich planen. Allein für den 5. Schuljahrgang musste nach Abfrage der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler der Zusatzbedarf nach dem sogenannten Klassenbildungserlass vom 07.07.2011 neu berechnet werden.

Die mit dem Genehmigungsverfahren betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Niedersächsischen Landesschulbehörde haben trotz der knappen Vorlaufzeit engagiert daran gearbeitet, den Schulen schnellstmöglich Informationen über den zur Verfügung stehenden neu berechneten Zusatzbedarf zukommen zu lassen. Planungssicherheit, den Ganztagsbetrieb fortzuführen und weiter zu gestalten war von daher weitgehend gegeben.

Zu 2:

Es ist dem Kultusministerium nicht bekannt, dass Oldenburger Schulen nicht versorgt wären.

Zu 3:

Zum Schuljahresbeginn 2011/2012 wurden landesweit in der Regel organisatorisch zusammengefasste Haupt- und Realschulen in Oberschulen umgewandelt. Dies gilt auch für die Anträge der Stadt Oldenburg. Alle vier neu errichteten Oberschulen sind aus der Umwandlung organisatorisch zusammengefasster Haupt- und Realschulen entstanden.

In diesen Fällen werden die Schulleitungen der organisatorisch zusammengefassten Haupt- und Realschulen zunächst mit der kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben der Schulleitung beauftragt. Entspricht die Besoldung der Funktionsstelle der Schulleitung der Oberschule der Stelle der Vorgängerschule (HRS), ist zeitnah eine höhengleiche Versetzung der bisherigen Amtsinhaberin oder des bisherigen Amtsinhabers möglich. Handelt es sich um eine höherwertig besoldete Schulleitungsstelle an der Oberschule, ist eine Neuausschreibung der Stelle erforderlich.

Landesweit müssen durch die Einführung der Oberschule 89 Schulleiterstellen neu ausgeschrieben und besetzt werden. Das trifft auch für die vier Oldenburger Oberschulen zu. Es ist davon auszugehen, dass sich die Schulleiterinnen und Schulleiter der Vorgängerschulen um die neu ausgeschrieben Funktionsstellen bewerben. Die Niedersächsische Landesschulbehörde begleitet bera-

tend und unterstützend den Umwandlungsprozess bezogen auf die Besetzung der Funktionsstellen.

Berichte über Motivationsprobleme einzelner Schulleitungen in diesem Prozess der Umwandlung sind dem Kultusministerium nicht bekannt. Vielmehr hat eine Vielzahl von Schulleitungen in den vergangenen Monaten den Prozess mit hohem Engagement begleitet. Die verbesserte Ausstattung der Oberschule mit einer Didaktischen Leitung als zusätzlicher Funktionsstelle, die Senkung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte sowie eine mögliche höhere Besoldung der Schulleitungsstellen werden im Übrigen allgemein begrüßt.

In Vertretung

Dr. Stefan Porwol